

18.06.2019

Antrag

der Fraktion der SPD

**Klimaschutz und Verkehrswende brauchen mehr als Sonntagsreden:
Landesweites und kostenloses Ticket für Kinder und Jugendliche für Nordrhein-
Westfalen!**

I. Ausgangslage

Eine umfassende und nachhaltige Verkehrswende kann nur gelingen, wenn der Öffentliche Personennahverkehr deutlich gestärkt und ausgebaut wird. Hierbei kann es nur eine Verkehrswende für alle Menschen geben. Ihre Ausgestaltung ist sozial verträglich zu gestalten. Eine der wichtigen Zielgruppen dieses Prozesses sind die Schülerinnen und Schüler des Landes Nordrhein-Westfalen. Für sie ist das Mobilitätsangebot des ÖPNV nicht nur finanziell erträglich zu gestalten, sondern kostenlos nutzbar zu machen. Es darf nicht sein, dass diese jungen Menschen aufgrund teils geringer oder fehlender eigener Einkünfte in ihrer Mobilität eingeschränkt werden.

Die Kosten der An- und Abfahrt zu Schule, in der Freizeit und insgesamt für die Nutzung des ÖPNV sollen für diese Zielgruppe entfallen. Das Land Nordrhein-Westfalen soll daher die flächendeckende Einführung kostenfreier Tickets in Verhandlungen mit den Verkehrsverbänden des Landes realisieren. Dies ist mittel- bis langfristig ein Einstieg in einen preiswerteren ÖPNV.

Dabei müssen bisher zur Verfügung stehende Mittel, insbesondere die Schülerfahrtkostenpauschale des Landes vollständig genutzt werden, um Einnahmeausfälle der Verkehrsverbände zu kompensieren.

Mittel- und langfristig sind alle Investitionen in einen flächendeckenden, attraktiven und preiswerteren ÖPNV sinnvoll. Sie stellen einen Beitrag zur dringend erforderlichen umfassenden Verkehrswende dar, die u.a. eine deutliche Verschiebung des Modal-Splits, vom motorisierten Individualverkehr hin zum öffentlichen Nahverkehr, vorsieht und Schadstoffemissionen deutlich verringert. Das ist ein nachhaltiger Beitrag zu mehr Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen. Kinder und Jugendliche wollen gerade mit gutem Beispiel voran gehen, um aktiv für den Klimaschutz zu wirken (s. „Fridays for Future“) und sollten deshalb auch besonders gefördert werden, damit ihr Engagement für umweltbewusstes Verhalten auch zukünftig nachhaltige Wirkung zeigt.

Datum des Originals: 18.06.2019/Ausgegeben: 24.06.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

II. Der Landtag stellt fest:

- Ein Umsteuern in der Mobilitätspolitik ist ein unverzichtbarer Beitrag zum nachhaltigen Klimaschutz. Es braucht mehr als Sonntagsreden der Landesregierung: konkretes Handeln ist erforderlich!
- Eine zukunftsgerichtete Mobilitätspolitik beinhaltet eine grundlegende Verkehrswende. Dazu gehören eine stärkere Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs und des Schienenpersonennahverkehrs sowie dessen massiver Ausbau.
- Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, mit der die Kommunen nicht allein gelassen werden dürfen. Auch die Landesregierung ist in der Pflicht, jenseits der wohlfeilen Durchleitung von Bundesmitteln, mit entschlossenem und starkem eigenem Engagement zur Stärkung der öffentlichen Mobilitätsangebote beizutragen.
- Mobilitätsangebote sind Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge des Staates für seine Bürgerinnen und Bürger. Deshalb müssen diese Angebote auch allen Menschen zur Verfügung stehen, unabhängig von der jeweils individuellen finanziellen Situation.

III. Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

unverzüglich mit den drei Verkehrsverbänden und den Schulträgern des Landes in Gespräche einzutreten, mit dem Ziel:

- die Monatstickets für Kinder bis 14 Jahre im ersten Schritt und bis 18 Jahre im zweiten Schritt im Land Nordrhein-Westfalen kostenfrei zu stellen;
- den Verbänden die Einnahmeausfälle, durch den Verbleib vorhandener Mittel im System und falls notwendig zusätzliche Landes- und Bundesmittel voll zu kompensieren;
- diese Abrechnung direkt mit den Verbänden auf der Basis pauschalierter Beförderungskosten pro Schülerin und Schüler vorzunehmen;
- die Kommunen von aufwendiger Bürokratie für die individuellen Fallprüfungen von Anträgen, zur Berechnung von Entfernungskilometern und der Bewilligung bzw. Nicht-Bewilligung von Schülertickets, zu entlasten;
- einen bedeutenden Beitrag zur Stärkung des ÖPNVs als unverzichtbarem Schritt zu einer nachhaltigen und sozialen Verkehrswende zu leisten;
- die dringend notwendigen Anstrengungen des Landes für einen verstärkten Klimaschutz deutlich zu befördern und die Verkehrswende konkret einzuleiten.

Dem Verkehrs- und dem Umweltausschuss des Landtages ist regelmäßig schriftlich, wie mündlich über den Fortgang der Gespräche und die Umsetzung des Beschlusses zu berichten.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Jochen Ott
Carsten Löcker

und Fraktion